

Clandestini e.V.
c/o D. Köhler
Erika-Köth-Weg 2
64289 Darmstadt



im März 2022

Liebe Spender*innen des Vereins Clandestini,

ich schreibe den Jahresbericht angesichts des Angriffskrieges in der Ukraine, der erneut eine große Zahl von Menschen zur Flucht zwingt. Nachdem angesichts der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 ein „2015 darf sich nicht wiederholen“ mantraartig wiederholt wurde, zeigt sich angesichts der Flüchtenden aus der Ukraine eine ähnlich große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung wie 2015. Das ist ausgesprochen erfreulich! Weniger erfreulich sind die rassistischen Stereotypen, die sich angesichts dieser Ereignisse zeigen. Menschen aus Afghanistan, aus Syrien oder Somalia, die lange Krieg und existenzielle Ängste erlebt haben und häufig viele Monate oder Jahre unterwegs waren bis sie sich in Sicherheit bringen konnten, haben jetzt den Eindruck, dass ihr Leid weniger zählt. Angesichts der öffentlichen Erschütterung darüber, dass ukrainische Geflüchtete 3 oder 4 Tage unterwegs waren, sagte mir ein Familienvater aus Afghanistan: „Wir waren 2 Jahre unterwegs, die Polizei hat mich viele Male geschlagen und sie haben uns immer wieder eingesperrt (in Kroatien), im Winter haben wir im Schnee draußen geschlafen und unsere Kinder sind unzählige Kilometer gelaufen. Und jetzt sind wir hier und haben Angst, wieder nach Kroatien abgeschoben zu werden“.

Leid ist nicht gegeneinander aufzuwiegen, Flucht ist immer ein massiver Einschnitt, die meisten haben furchtbares erlebt, bevor sie sich auf den Weg machen. Auf den häufig sehr langen Wegen sind sie meist erneut Unsicherheit und Gewalt ausgesetzt und hier treffen sie auf ein System, das ihnen undurchschaubar erscheint und sie erneut in Unsicherheit stürzt.

Wir wünschen uns, dass das, was jetzt für die ukrainischen Flüchtlinge gefordert wird – dezentrale Unterkünfte mit Perspektive und der Nähe zu Angehörigen, Arbeitserlaubnisse, sofortiger Zugang zu Sprachkursen, eine Aufenthaltserlaubnis, psychosoziale Versorgung – als Blaupause für eine zukünftige europäische Flüchtlingspolitik genommen wird. Alle Menschen, gleich welcher Herkunft, benötigen diese Dinge.

<https://www.proasyl.de/news/angriffskrieg-auf-die-ukraine-rassismus-auf-der-flucht/>

Die Pandemie hat weiter den Alltag von vielen bestimmt, wenn auch sehr unterschiedlich. Je nach Lebensverhältnissen, Alter, Zugang zu Gesundheitsversorgung, Versorgung mit Wohnraum und und und. Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen haben massiv zugenommen, rechte Kräfte haben die Stimmung der Unzufriedenheit und die nicht immer nachvollziehbaren Maßnahmen für ihre Zwecke genutzt. Erschreckend ist, dass dies vielen der Protestierenden, die sich möglicherweise vorher politisch doch anders eingeordnet hätten, egal zu sein scheint. Bedauerlich ist aber auch, dass die Linke zu wenig laute und vernehmliche Gegenpositionen zu staatlichen Maßnahmen entwickeln konnte, die diese kritisiert wo es nötig ist, aber sich deutlich von Rechts abgrenzt.

Wie schon in 2020 war häufig kaum noch wahrzunehmen, dass es außer der Pandemie noch eine Menge anderer sehr ernst zu nehmender Probleme gibt. Probleme, die für viele Menschen lebensbedrohlicher als die Pandemie sind. Es war auch in 2021 ein Teil unserer politischen Arbeit, darauf hinzuweisen, dass diese anderen Themen nicht verloren gehen dürfen.

Der rassistische Mord an neun Menschen in Hanau hat uns selbstverständlich weiter beschäftigt. In Solidarität mit der Initiative 19. Februar sorgten wir mit öffentlichen Aktionen und der Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen dafür, dass die Namen der Ermordeten nicht vergessen werden. Angehörige und Überlebende haben mithilfe von Anwält*innen Akten studiert und viel an Recherche betrieben und dabei eine wahre „Kette des Versagens“ aufgedeckt. Vor, in und nach der Tatnacht. Das eine ist der strukturelle Rassismus, der hier deutlich wird. Ein Beispiel: 13 der 19 rechtsextremen SEK Beamten aus der mittlerweile aufgelösten Einheit waren in der Tatnacht in Hanau im Einsatz. Bis heute sind viele Fragen zum Tathergang offen, die Angehörigen fordern unermüdlich Aufklärung und Konsequenzen, Erinnerung und Gerechtigkeit. Zum anderen aber auch ein unfassbar empathischer Umgang mit den Angehörigen in und nach der Tatnacht. Mehr dazu gibt es hier: <https://19feb-hanau.org>

In der Flüchtlingspolitik beginnt das Jahr so wie das letzte aufgehört hat. „UNHCR hat laufend Berichte über einige europäische Staaten erhalten, die den Zugang zu Asyl einschränken, Menschen zurückschieben, nachdem sie bereits deren Hoheitsgebiet oder Hoheitsgewässer erreicht haben, und Gewalt gegen sie an den Grenzen anwenden“, sagte die Stellvertretende UN-Flüchtlingshochkommissarin, Gillian Triggs. „Die ‚Pushbacks‘ werden auf gewaltsame und offenbar systematische Weise durchgeführt. Boote mit Flüchtlingen werden zurückgeschleppt. Die Menschen werden nach der Anlandung zusammengetrieben und dann zurück aufs Meer gebracht. Viele Menschen haben von Gewalt und Missbrauch durch staatliche Akteure berichtet. Menschen, die auf dem Landweg ankommen, werden auch ohne jegliches Verfahren inhaftiert und zwangsweise in Nachbarländer zurückgeschoben, ohne ihren Schutzbedarf zu klären.“

Das Jahr endet mit dem Drama an der Grenze zwischen Polen und Belarus. Europa überlässt Flüchtende dem Kältetod, der Spiegel berichtet im Dezember von mindestens 17 Toten an dieser Grenze. <https://www.spiegel.de/ausland/polen-belarus-17-menschen-starben-an-der-grenze-das-sind-ihre-geschichten-a-ac763631-f47f-4f8e-a732-158a18c4334b>
Die Konsequenz: immer mehr Mauern um Europa.

Kurz: es scheint uns, als würde alles immer schlimmer werden und es kostet Kraft, angesichts der Lage in der Welt nicht aufzugeben. Umso wichtiger ist es, den Mut nicht zu verlieren, weiter an den Unterstützungs-Netzwerken zu stricken, immer wieder den Mund aufzumachen und lauthals Position zu beziehen, uns zu verbünden und mit unseren Forderungen nach Gerechtigkeit, nach Bewegungsfreiheit und einem lebenswerten Leben für ALLE Menschen nicht nachzulassen.

In all den von uns unterstützten Projekten geht es darum, an der Seite derer zu stehen, denen grundlegende Menschenrechte vorenthalten werden, mit ihnen zusammen für ihre Rechte zu kämpfen, Räume zu öffnen, dass ihre Stimmen gehört werden und unsere Privilegien zu teilen.

Trotz aller Behinderungen sind weiterhin die verschiedenen zivilen Seenotrettungsschiffe im Mittelmeer unterwegs, verbunden mit zwei Aufklärungsflugzeugen, die in Seenot geratene Menschen schneller an die schiffe melden können. <https://sea-watch.org/>

Das Ganze gut koordiniert mit dem alarm phone, das seit mittlerweile 7 Jahren jeden Tag 24 Stunden für die Geflüchteten erreichbar ist und in Notfällen versucht Hilfe und Öffentlichkeit zu organisieren. Auch macht diese Organisation öffentlich, was auf dem Meer und an den Grenzen passiert und benennt die Verantwortlichen.

<https://alarmphone.org/de/ueber-uns/>

Im September fand in Palermo – und parallel in Dakar – eine Konferenz statt, die v.a. die Seenotrettungsorganisationen und die Unterstützungs-Netzwerke entlang der Fluchtrouten zusammen brachte. Die transnationalen Kontakte haben sich in den letzten 10 Jahren sehr entwickelt. Dabei stehen die Zusammenarbeit mit Selbstorganisationen in den Herkunfts- und Transitländern und die Erinnerungsarbeit („commemoraction“) an die Opfer des europäischen Grenzregimes im Mittelpunkt. Hierzu gab es eine koordinierte Aktion im Rahmen der Konferenz.

<https://trans-border.net/index.php/palermo-convergence-2021/>

<https://alarmphone.org/de/2021/02/09/commemoraction-91-personen/>

Auch die Arbeit der Kampagne „free El Hiblu 3“ wird vom Verein unterstützt.

2019 wurden 108 geflüchtete Menschen vom Frachtschiff „ElHiblu1“ gerettet, europäische Behörden wiesen das Schiff an, die geretteten Menschen zurück ins Bürgerkriegsland Libyen zu bringen. Drei Jugendliche überredeten die Besatzung des Schiffes, die geretteten Menschen nicht nach Libyen zu bringen, der Frachter drehte wenige Meilen vor der libyschen Küste um und brachte die Überlebenden nach Malta.

Diese drei Jugendlichen bewahrten so die 108 geretteten Menschen an Bord der ElHiblu1 vor Folter und Zwangsarbeit in Libyen und bewahrten den Kapitän des Schiffes vor einer illegalen Rückführung. Doch Malta klagt die Jugendlichen nun als Terroristen an, um die europäische Abschottungspolitik durchzusetzen.

<https://elhiblu3.info/>

Unser bundesweites Netzwerk We'll Come United hat in 2021 weitgehend eher lokal und regional agiert, der Pandemie geschuldet. Im August war es allerdings möglich, sich für ein Wochenende in Brandenburg zu treffen und miteinander zu diskutieren. Aus mehr als 12 Städten sind wir zusammen gekommen, haben Erfahrungen ausgetauscht, Strategien diskutiert und uns gegenseitig Mut gemacht, in unseren Kämpfen nicht nachzulassen. Es war sehr deutlich, dass das Netzwerk für viele ein wichtiger Ort ist, dass solidarische Zusammenhänge dabei helfen, nicht zu verzweifeln angesichts eines häufig menschenunwürdigen Asylsystems. Unterstützung und Solidarität sind notwendiger denn je.

<https://www.welcome-united.org/>

Gemeinsam nahmen wir an der großen #Unteilbar-Demonstration Anfang September in Berlin teil.

<https://www.unteilbar.org/berlin-demo-2021/>

Wir sehen uns mit unserer Arbeit in diesem bundesweiten und transnationalen Rahmen, agieren aber viel mehr lokal und regional.

In 2021 haben wir wieder sehr regelmäßig im Beratungscave in Darmstadt beraten. Wir haben neue Visitenkarten gedruckt und an Geflüchtete verteilt. Aber das Netz funktioniert v.a. über Mundpropaganda und die gute Vernetzung in die communities aber auch mit Beratungsstellen.

Es kommen neue Geflüchtete, aber auch die „alten Bekannten“ mit neuen Fragen oder mit den nach Jahren endlich voran gehenden Verfahren. Diejenigen, die Familie im Herkunftsland haben, sind zunehmend ungeduldig. Wenn ihr Verfahren nach einer ersten Ablehnung vor dem VG Darmstadt landet, warten sie oft viele Jahre auf ein Ergebnis. In der

gleichen Zeit sind ihre Liebsten weiter den Gefahren im Herkunftsland ausgesetzt oder sitzen in unsicheren Unterkünften in den Transitländern. Manchmal führt das auch dazu, dass die Angehörigen sich am Ende dann doch der schwierigen und gefährlichen Fluchtwege bedienen.

Besonders deutlich wurde dies im August 2021 nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan. In der darauf folgenden Debatte um die Evakuierung wurde oft benannt, wie viele Familienangehörige, die eigentlich ein Recht auf Familiennachzug hätten, in Afghanistan festsitzen und nun noch gefährdeter sind.

Aber auch die Problematik somalischer Frauen, die ihre Kinder im Herkunftsland zurück gelassen haben, beschäftigt uns. Sind Mädchen bei Großeltern oder anderen Verwandten untergebracht, kann es sein, dass sie der grausamen weiblichen Genitalbeschneidung ausgesetzt sind. Obwohl die Mütter dies nicht wollen. In solchen Fällen führen die langen Wartezeiten auf Familienzusammenführung zu neuen Menschenrechtsverletzungen mit schlimmen Folgen für die betroffenen Mädchen.

Im vergangenen Jahr sind wir zunehmend mit somalischen Frauen in Kontakt gekommen, die sich – vor allem mit Hilfe und Unterstützung von FIM in Frankfurt - zu einer sog. Rekonstruktions-Operation entschieden haben. Danach benötigen sie v.a. Privatraum und Schutz vor ungutem Gerede innerhalb ihrer community. Erfreulicherweise gibt es in Darmstadt eine große Offenheit auch auf Seiten der Stadt, hier Unterstützungsmöglichkeiten für diese Frauen anzubieten.

<https://fim-frauenrecht.de/unsere-themen/genitalbeschneidung>

Nach wie vor arbeiten wir an der Initiative "Bürger*innenasyl", einige Geflüchtete konnten wir auch unterbringen. An dieser Stelle allen Unterstützenden großen Dank! Es ist für uns kaum zu ermessen, wie wertvoll es ist, einen sicheren Platz zum Schlafen zu haben und nicht vor Angst aus Abschiebung kaum eine Nacht schlafen zu können.

Auf diese Weise konnte die Abschiebung eine Familie nach Norwegen verhindert werden, die widerrechtlich gewesen wäre – wie sich hinterher herausstellte. In einem anderen Fall konnten wir einer Familie, die in Griechenland getrennt wurde und bei der der Mann nach Rumänien abgeschoben werden sollte, eine ruhige Zeit des Zusammenseins und letztendlich ein positives Gerichtsurteil ermöglichen.

<https://aktionbuergerinnenasyl.de/>

Durchgehend seit 2015 bieten wir in und um Darmstadt in mindestens 3 Gemeinden regelmäßig Kirchenasyl an. Unser Dank gilt dabei insbesondere den beteiligten Gemeinden, die auf Mieteinnahmen verzichten, Wohnungen extra für diesen Zweck renoviert haben, in ihren Gemeinden Überzeugungsarbeit leisten und sich alltäglich um diejenigen kümmern, die Zeiten überbrücken müssen bis sie wieder im geregelten Asylverfahren sind.

Für uns ist deutlich geworden, wie viel belasteter die Geflüchteten mittlerweile sind. Die meisten haben große psychische Probleme aufgrund der Erlebnisse im Herkunftsland, auf der Flucht v.a. aber auch aufgrund der großen Unsicherheit in Europa, dem Hin- und Herschicken zwischen den verschiedenen Ländern, der ständigen Angst vor Abschiebung. Die langen Jahre ohne gesicherten Aufenthalt und oft ohne Möglichkeit, die Sprache zu lernen und zu arbeiten, zermürbt die Menschen. Für die Unterstützenden bedeutet dies einen deutlich höheren Aufwand, da medizinische Betreuung aufwändig organisiert werden muss. Schön ist immer wieder, zu sehen, wie die Sicherheit im Kirchenasyl zu mehr Stabilität führt und wie die Bewohner*innen sich solidarisch gegenseitig unterstützen. Oft bleiben die Kontakte auch danach erhalten.

<https://www.kirchenasyl.de/>

Die Zusammenarbeit im Bündnis „community for all“ war auch in 2021 wichtig. „Community for all“ arbeitet zur Hessischen Abschiebehelf in Darmstadt-Eberstadt, organisiert

Kundgebungen, verfasst Pressemitteilungen und wendet sich grundsätzlich gegen Abschiebehaft. Immer wieder werden auch die Haftbedingungen skandalisiert – so konnte bereits einiges an positiven Veränderungen erreicht werden.

Ein Teil des Bündnisses, PiA (Personen in Abschiebehaft), hält Kontakt zu Inhaftierten, vermittelt Rechtsberatung und besucht sie wenn möglich und gewünscht.

Gerade in der ersten Jahreshälfte fanden innerhalb kurzer Zeit mehrere skandalöse Abschiebungen statt, alle waren vor der Abschiebung in Eberstadt inhaftiert:

- Ein junger Mann, der in Deutschland geboren war und gar kein türkisch sprach, wurde in die Türkei abgeschoben
- Eine Mutter, die hier ihren behinderten Sohn, dessen wichtigste Bezugsperson sie war, zurück lassen musste, wurde nach abgeschoben.
- Ein junger somalischer Mann, der in die Familie seiner Vermieterin integriert war, für die Großmutter eine wichtige Stütze, seit Jahren in Arbeit, vom Arbeitgeber sehr geschätzt, wurde nach fast 8 Jahren Aufenthalt in Deutschland abgeschoben. Obwohl er das Recht auf einen Aufenthaltstitel gehabt hätte. Er hatte den Aussagen (seiner) der zuständigen Ausländerbehörde vertraut und sich nicht noch einmal beraten lassen bevor er seinen Pass abgab.
- Auch Nazdar E., eine kurdische Aktivistin, saß schon im Flugzeug in die Türkei, konnte sich jedoch erfolgreich wehren. Nach wenigen Monaten wurde die ablehnende Entscheidung korrigiert und sie erhielt Asyl (ein Titel, der nur noch selten vergeben wird)

Die Liste könnte noch lange weiter geführt werden. Um dagegen zu protestieren zogen wir während der Sitzungswoche im Juni 2021 vor den hessischen Landtag und veranstalteten eine Kundgebung, auf der Betroffene aus mindestens 10 verschiedenen Herkunftsländern zu Wort kamen.

Hier sind einige der Beiträge zu sehen:

<https://youtube.com/playlist?list=PLP72UXuydXKWopizur0aXWSbaFlxm2Rh0>

Natürlich wurden die Inhaftierten auch in 2021 regelmäßig besucht und unterstützt. Wir haben Pressearbeit gemacht und Demonstrationen vor der Haftanstalt veranstaltet, um den Geflüchteten Mut zu machen und ihnen zu zeigen, dass sie nicht alleine sind.

Außerdem erscheint regelmäßig ein newsletter.

<https://communityforall.noblogs.org/>

2021 wurde unsere Arbeit noch einmal besonders gewürdigt, der Verein erhielt von der Stadt Darmstadt den Preis „Gesicht zeigen“. Wir freuen uns über die Anerkennung und Unterstützung.

<https://agis-darmstadt.de/12-11-2021-clandestini-e-v-erhaelt-den-preis-gesicht-zeigen-durch-den-magistrat-der-stadt-darmstadt>

Im November fand erneut ein „Gedenken an die Toten an den Außengrenzen“ in Darmstadt statt. Eine Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit anderen (kirchlichen) Gruppen bereits seit mehreren Jahren am Volkstrauertag gestaltet wird.

<https://www.partyamt.de/event/gedenken-an-die-toten-an-den-eu-au-engrenzen-14112021>

Nicht alle Aktionen können hier benannt und wiedergegeben werden. Beim Schreiben wird klar: Wir nehmen die Pandemie weiterhin ernst – das hält uns aber nicht davon ab, öffentlich für unsere Anliegen einzutreten.

Wir bedanken uns im Namen aller Beteiligten bei Euch, die Ihr mit Euren Spenden unsere Arbeit, unseren Kampf um gleiche Rechte für alle unterstützt.

Bei der politischen Entwicklung, die immer mehr nach rechts rückt, werden unsere Aktivitäten wichtiger denn je und wir hoffen weiter auf Eure Unterstützung.

für den Verein Clandestini
Doro Köhler
im März 2022